



## Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz

**A**uf die Frage, wie die aktuelle Flüchtlingssituation zu bewältigen ist, habe auch ich nicht **die eine** Antwort. Viele Maßnahmen sind nötig. Eine erste Antwort ist das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, das am 1. November in Kraft treten wird. Die Verfahren zu beschleunigen, Anreize zu senken und Abschiebungen zu erleichtern, bzw. überhaupt erst möglich zu machen. Das allein reicht nicht aus. Eine andere Antwort könnten Transitzonen sein, aus denen heraus schneller zurückgewiesen als auch Asylberechtigte in andere EU-Staaten umgeleitet werden können. Ebenso die so genannten Hot Spots in Griechenland und Italien. Ich persönlich möchte keine Grenzzäune mehr sehen müssen, aber ich möchte auch keine Denkverbote.

Albanien, Kosovo und Montenegro werden als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft. Noch im Mai war das mit Rot und Grün nicht zu machen, wir wollten das und hätten heute vielleicht 150.000 weniger im Land. Um die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge zu sichern, sieht das Gesetz vor, befristet von Regelungen und Standards im Baurecht abzuweichen. Bargeld durch Sachleistungen zu ersetzen und Auszahlungen

von Geldleistungen für längstens einen Monat im Voraus zu beschränken, kann dazu beitragen, die Anzahl ungerechtfertigter Asylanträge zu verringern. Bestehende Ausreisepflichten können nun leichter durchgeführt werden. Nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise darf der Termin der Abschiebung nicht mehr angekündigt werden. Die Gefahr des Untertauchens wird so verringert.

Menschen mit eindeutigen Asylgründen sollen mit Hilfe von Integrations- und Sprachkursen schneller in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert werden. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Akzeptanz der Bürger für die Integration von Flüchtlingen zu verbessern und die Verfahrensdauer zu beschleunigen.

Andere Maßnahmen betreffen die Weiterbildung, die Vermittlung von Rechten und Pflichten, die sich für jeden von uns aus unserem Grundgesetz ergeben. Wer dauerhaft in unserer Demokratie leben und unsere Hilfe, Rechte, Freiheit für sich in Anspruch nehmen möchte, der hat auch Pflichten! Jeder der zu uns kommt, muss die Grundwerte unserer Demokratie und unserer Gesellschaft achten und anerkennen. Religions-

freiheit, Meinungsfreiheit und die Gleichheit von Mann und Frau sind Pflicht - sind nicht verhandelbare Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Das ist der „Preis“ für das Leben in Deutschland. Das ist unser Leitbild des Zusammenlebens. Wer das nicht kann oder nicht will oder gar Familien und Kinder Andersgläubiger bedroht, hat hier nichts zu suchen. Unsere Demokratie und unsere Bürger müssen und wollen wir schützen. Staatliche, finanzielle Mittel sind das eine - persönliche Kontakte, Hilfe und Unterstützung von Mensch zu Mensch sind andererseits unerlässlich, damit Integration tatsächlich klappen kann. Das ist ein Prozess, der nicht in eine Gesetzesvorlage passt. Wenn die Linke von „Staatsversagen“ spricht, dann zeigt das ihr Staatsverständnis. Staat ist nicht nur Regierung und Partei, sondern auch Zivilgesellschaft. Wir haben unsere Grenzen kennen gelernt! Es gab Lücken und Schwächen in Regierung und Verwaltung, Ich bedanke mich bei allen Rostockerinnen und Rostockern, die aus der Zivilgesellschaft dazu beigetragen haben, dass es eben KEIN Staatsversagen gibt!!! Deutschland ist zu schön um zu hassen! Ich lebe die Liebe zu unserem Land und allen unseren Menschen.

## Die maritime Wirtschaft stärken und ihre Bedeutung für Deutschland hervorheben

**D**iesen Antrag, der die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Deutschland hervorhebt, hat die CDU-/CSU-Fraktion initiiert und gemeinsam mit dem Koalitionspartner auf den Weg gebracht. So wollen wir der 9. Nationalen Maritimen Konferenz am 19. und 20. Oktober 2015 in Bremerhaven wichtige Impulse geben. Einerseits erkennen wir mit unserem Antrag die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der maritimen Wirtschaft an und andererseits fordern wir sie dazu auf, neue Schwerpunkte zu setzen - zum Beispiel im Bereich Umweltschutz in der Seeschifffahrt. Langfristig geht es darum, eine leistungsstarke, international wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft zu gewährleisten. Daher haben wir die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert: ein Gesamtkonzept zu entwickeln und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Schifffahrtsstandort Deutschland und die deutsche Flagge wettbewerbsfähig werden; die Hafenhinterlandanbindungen im neuen Bundesverkehrswegeplan als „vordringlichen

Bedarf Plus“ zu priorisieren und sich für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Seeverkehrsraums ohne Wettbewerbsverzerrungen einzusetzen. Dies wurde in den vergangenen Monaten - zu Recht - von einheimischen Unternehmen, auch aus meinem Wahlkreis, angemahnt. Daher geht es in einer weiteren Forderung an die Bundesregierung auch darum, bei der Beschaffung von Schiffen und Booten durch den öffentlichen Auftraggeber gleiche Rahmenbedingungen für alle Unternehmen im europäischen Binnenmarkt zu berücksichtigen. Es sollen alle rechtskonformen Maßnahmen ergriffen werden, der in Deutschland privatwirtschaftlich strukturierten Branche, gegenüber europäischen Konkurrenten, annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Im Bereich der Hafenvirtschaft und Logistik kommt der Digitalisierung eine besondere Bedeutung zu. Daher wollen wir die Forschungsinitiative „Innovative Seehafentechnologien“ weiter entwickeln. Auch künftig muss aus unserer Sicht der deutsche Technologiestandort im Bereich

der Marine- und Werftindustrie gestärkt werden: beispielsweise durch Einstufung des Überwasserschiffbaus als Schlüsseltechnologie.

### Vierter Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland

Der Bericht zeigt auf, dass die maritime Wirtschaft eine Zukunfts- und Wachstumsbranche ist. Energiewende, Klima- und Umweltschutz, Rohstoffversorgung - in diesen zentralen Zukunftsfeldern ist die maritime Wirtschaft aktiv. Seeschifffahrt, Häfen, Schiffbau und Schiffbauzulieferindustrie, die Meerestechnik, die Offshore-Windenergie sowie maritime Forschung und Entwicklung gehören deshalb weiterhin zu den Kernbereichen unserer nationalen maritimen Politik und bedürfen - insbesondere vor dem Hintergrund der leichteren Krisenanfälligkeit - zu Recht unserer besonderen Aufmerksamkeit. Es ist vorgesehen, dass die Ergebnisse der bisher durchgeführten Branchenforen in einen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung einfließen.